



Service Civil International
Deutscher Zweig e.V.

SCI · Blücherstraße 14 · D-53115 Bonn

An die
Bundesministerin der Verteidigung
Frau Dr. Kramp-Karrenbauer
Fontainengraben 150
53123 Bonn

An die
Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages
Frau Dr. Högl
Neustädtische Kirchstraße 15
10117 Berlin

Bundesgeschäftsstelle
Blücherstraße 14
D-53115 Bonn

Fon: 02 28 - 21 20 86
Fax: 02 28 - 26 42 34
info@sci-d.de
www.sci-d.de

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE79 4306 0967 4083 0623 00
BIC: GENODEM1GLS

Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE62 3705 0198 0009 6009 41
BIC: COLSDE33

Steuernummer 205/5768/0481

Offener Brief

Bonn, 26.10.2020

Sehr geehrte Frau Dr. Kramp-Karrenbauer,
sehr geehrte Frau Dr. Högl,

mit Verwunderung, Verärgerung und Unverständnis haben wir Ihre Beiträge zur Rückkehr zur Wehrpflicht und zur Einführung des "freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz" zur Kenntnis genommen und möchten in diesem Schreiben unsere Kritik äußern.

Nach kurzer medialer Präsenz ist die von Frau Dr. Högl angestoßene Debatte inzwischen nahezu aus den Medien verschwunden. Besonders irritierend war dabei, dass der Wunsch nach Wiedereinführung der Wehrpflicht damit begründet wurde, dass dadurch rechtsextremen Strukturen in der Bundeswehr entgegengewirkt werde. Dieses Argument wurde von vielen Seiten zu Recht als unsinnig und unrealistisch eingestuft. Anstatt wiederkehrend über eine Rückkehr zur Wehrpflicht zu debattieren braucht es sinnvolle und effektive Maßnahmen, um rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr aufzudecken und zu bekämpfen. Die Gründe, warum eine Wehrpflicht die Bundeswehr nicht diverser macht, sind zudem längst bekannt und werden von der Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen e.V. (DFG-VK) nochmal in Erinnerung gerufen:

„- Die Bundeswehr ist strikt hierarchisch aufgebaut und funktioniert nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Haltung, Bewusstsein, Kultur und Geist werden von Offizier- und Unteroffizierkorps geprägt, also von Zeit- und Berufssoldaten, nicht aber von Wehrpflichtigen am Ende der Befehlskette. Entscheidend dafür, dass Militär nicht zum Sammelbecken für Rechtsextremisten wird, sind klare Vorgaben bei der Personalauswahl, politisch-demokratische Bildung und strenge Kontrolle durch die Politik. [...]

- Der Blick in die deutsche Geschichte zeigt: Eine Wehrpflicht steht gerade nicht für Demokratie und Abwehr von Extremismus. Es war Hitler, der vier Tage nach seiner

Mitglied im

Coordinating Committee for
International Voluntary Service
(CCIVS) bei der UNESCO

Deutschen Paritätischen
Wohlfahrtsverband (DPWV)
Landesverband NW e.V.

Arbeitskreis
Lernen und Helfen
in Übersee e.V.

Konsultativer Status
beim Europarat

Ernennung zum Reichskanzler in einer Rede vor den Spitzen der Reichswehr die Wiedereinführung der Wehrpflicht ankündigte und 1935 umsetzte. Mit der Wehrpflichtarmee Wehrmacht führte das nationalsozialistische Deutschland seine verbrecherischen Angriffskriege.“

Dabei könnte es also belassen werden. Doch dann hat das Verteidigungsministerium unter der Leitung von Ministerin Dr. Kramp-Karrenbauer die Einführung eines „Deutschlandjahres“ beschlossen. Tatsächlich wird jetzt unter dem Slogan „Dein Jahr für Deutschland“ für einen freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz geworben, der zum 01.04.2021 losgehen wird. An diesem Freiwilligendienst möchten wir hier vielschichtige Kritik äußern:

Der Freiwilligendienst der Bundeswehr soll das Militär diverser machen und so auch ein Beitrag gegen Rechtsextremismus in der Bundeswehr sein. Geworben wird mit „Dein Jahr für Deutschland“ und betitelt wird der „Freiwilligeneinsatz“ mit freiwilligem Wehrdienst im Heimatschutz. Wen diese Slogans tatsächlich ansprechen, können wir uns gut vorstellen. Der Heimatschutz-Begriff wird seit langer Zeit von Faschist*innen und Rechtsextremen verwendet, für „Bürgerwehren“, Nazikameradschaften oder paramilitärische Einheiten. Auch die NSU-Terrorist*innen sind aus dem „Thüringer Heimatschutz“ hervorgegangen. Wie dieser „Freiwilligendienst“ also für eine diversere Bundeswehr mit weniger Rechtsextremismus sorgen soll, bleibt ein Rätsel.

Die Bundeswehr wird als Ort für vermeintliche Selbsterfahrung oder Charakter- bzw. Persönlichkeitsbildung angepriesen. Diesem Gedanken möchten wir entschieden widersprechen. Die Bundeswehr ist eine Institution, die extrem hierarchisch aufgebaut ist. Mit Befehl und Gehorsam können junge Menschen schwer eine eigene Persönlichkeit ausbilden. Freiwilligendienste, wie wir sie verstehen, zeichnen sich durch Mitwirkung, Freiwilligkeit, Eigenständigkeit, Übernahme von Verantwortung, selbstbestimmte Prozesse und gute Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung aus. Befehl und Gehorsam, Unterordnung, hierarchisches Denken und vor allem das Trainieren zum Einsatz von Waffen haben mit Freiwilligendiensten nichts zu tun.

„Freiwillige“ der Bundeswehr sollen vorwiegend im Katastrophenschutz eingesetzt werden. Hierfür gibt es in Deutschland eigene Institutionen und Organisationen, deren Hauptaufgabe Katastrophenschutz ist, z.B. das Technische Hilfswerk (THW), die vielen (freiwilligen) Feuerwehren und die Rettungsdienste. Bei weiterem personellem Bedarf im Katastrophenschutz sollten also diese Institutionen gefördert werden und nicht auf Militär- „Freiwillige“ gesetzt werden.

„Freiwillige“ der Bundeswehr sollen in Krisensituationen wie einer Pandemie auch im Gesundheitssektor eingesetzt werden. Wir finden das absurd und fordern stattdessen eine grundlegende und sozial gerechte Reform des Gesundheits- und Pflegesystem, sodass wir im Krisenfall nicht auf fachlich unausgebildete „Freiwillige“ im Militärdienst angewiesen sind. Nicht nur die Corona-Krise zeigt, dass es in unserer Gesellschaft viele Baustellen gibt: Pflege, Sozialarbeit und Klimaschutz sind Felder, in denen dringend mehr Personal benötigt wird. Freiwilligendienstleistende außerhalb der Bundeswehr unterstützen jetzt schon diese überlebenswichtigen Bereiche; hier gibt es vor allem großen Bedarf an qualifizierten und gut bezahlten Arbeitsplätzen.

Die angegebenen Einsatzfelder des neuen „Freiwilligendienstes“ werfen die grundsätzliche Frage auf, warum diese „Freiwilligen“ auch zum Dienst an der Waffe ausgebildet werden, obwohl ein tatsächlicher Einsatz im Konzept des „Freiwilligendienstes“ nicht vorgesehen ist. Es macht den Anschein, dass die Faszination am „Kriegsspiel“ gefördert werden soll. Außerdem befürchten wir, dass unter dem Deckmantel des Dienstes an der Gesellschaft Soldat*innen ausgebildet werden, die im Ernstfall auch militärisch eingesetzt werden können. Für tatsächlich vorgesehene Einsatzfelder wie Katastrophenschutz, medizinische Hilfe und ähnliche Aufgabenbereiche braucht es keinen Dienst an der Waffe.

Grundsätzliche Kritik gilt auch der besseren finanziellen Ausstattung des Bundeswehr-„Freiwilligendienstes“ gegenüber anderen bereits bestehenden Freiwilligendiensten. Der Werbeetat ist um ein Vielfaches höher als ihn die Träger sozialer, ökologischer, politischer, kultureller oder internationaler Freiwilligendienste zur Verfügung haben. Zudem sollen Militär- „Freiwillige“ 1400 Euro netto als Einstiegsgehalt erhalten, während die Freiwilligen in den bewährten Förderprogrammen nur ein geringes Taschengeld bekommen. So sollen „Freiwillige“ für einen extrem unattraktiven, militärischen Dienst eingekauft werden. Und so werden die Menschen, die einen Freiwilligendienst z.B. in der Pflege oder im Naturschutz machen, herabgesetzt.

Wir machen uns zudem große Sorgen, dass durch den „Freiwilligendienst“ in der Bundeswehr vermehrt Minderjährige angesprochen und geworben werden. Sowohl die Kinderkommission des Bundestages als auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes fordern schon länger einen sofortigen Stopp der Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr. Dies widerspricht auch der öffentlichen Bekundung der Bundesregierung, sie würde sich für die internationale Ächtung von Kindersoldat*innen einsetzen.

Es geht in dem neuen „freiwilligen“ Wehrdienst für den Heimatschutz vorwiegend darum, für die Bundeswehr und den Militärdienst zu werben und er hat mit den eigentlichen, zivilgesellschaftlich getragenen und gemeinwohlorientierten Freiwilligendiensten nichts zu tun.

Der Service Civil International, kurz SCI, ist eine seit 100 Jahren bestehende gemeinnützige, internationale Friedensorganisation, die sich durch Freiwilligen- und Bildungsarbeit für Frieden, gewaltfreie Konfliktlösung, soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung, Klimagerechtigkeit und interkulturellen Austausch einsetzt. Der SCI verfügt über ein Netzwerk von über 45 nationalen Zweigen auf fünf Kontinenten und arbeitet mit mehr als 100 Partnerorganisationen zusammen.

Wir als Service Civil International möchten Frieden schaffen, indem das friedliche Zusammenleben und der persönliche Austausch sowie die gemeinsame und dem Gemeinwohl dienende Arbeit von Menschen und sozialen Gruppen gefördert werden. Soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit sind dabei unabdingbar. Einen als Wehrpflicht bezeichneten oder als „Deutschlandjahr“ getarnten militärischen Dienst sehen wir als falschen Weg an, um ein friedliches gesellschaftliches Miteinander zu fördern.

Wir fordern von Ihnen, dass die Bundeswehr geeignete Mittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in den eigenen Reihen findet. Weiterhin fordern wir, dass das Projekt „Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz“ umgehend gestoppt wird.

Mit freundlichen Grüßen



Anna Sach
für den Bundesvorstand
Service Civil International – Deutscher Zweig e.V.